

**„EU-Haushalt ab 2014 sichert Sachsen
weiter gute Perspektiven“**

**Regierungserklärung von Stanislaw Tillich,
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen,
zum EU-Haushaltsrahmen ab 2014,
im Sächsischen Landtag am 13. März 2013**

***Sperrfrist: Redebeginn
- Es gilt das gesprochene Wort -***

Wir alle wissen aus eigener Erfahrung in Parlament und Regierung: Finanzverhandlungen sind wie das Bohren dicker Bretter – es ist oft mühsame Millimeterarbeit. Aber nun ist ein Meilenstein erreicht: Der Europäische Rat hat am 8. Februar 2013 den Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union beschlossen. Für den Zeitraum 2014 bis 2020 gibt es jetzt ein Zahlenwerk, mit dem wir hoffentlich bald alle in der Europäischen Union arbeiten können.

Soviel sei vorweg genommen: für Sachsen ist das Ergebnis ein gutes. Es ist ein umso besseres Ergebnis, wenn wir auf die Ausgangslage zurückschauen.

Warum?

Schon bei den letzten Verhandlungen zum aktuellen EU-Finanzrahmen von 2007 bis 2013 gab es Anzeichen dafür, dass Sachsen eine EU-Förderung auf dem vorherigen Niveau nicht beibehalten könnte. Überraschend fiel Leipzig aus der Höchstförderung, die Regionen Chemnitz und Dresden hingegen nicht. Uneinigkeit unter den Ländern und mit dem Bund hatten ein solches Ergebnis befördert. Wir haben damals gekämpft und konnten erreichen, dass Leipzig doch nicht gänzlich leer ausging.

Aber im Jahr 2007, zu Beginn der aktuellen Förderperiode, konnte wirklich kaum einer mehr mit einer erneuten Übergangsförderung für den Freistaat Sachsen rechnen. Dabei war und ist jedem einleuchtend und für jeden sichtbar: Wir haben die Mittel der EU effektiv genutzt: Viele Entwicklungskurven, auf dem Arbeitsmarkt, beim Wachstum der Unternehmen, der Wissenschaft und Bildung und weiteren Bereichen in Sachsen zeigen nach oben. Ein plötzlicher Abbruch der Fördermittel würde diesen Entwicklungspfad empfindlich stören, wenn nicht sogar umkehren. Die zuvor eingesetzten Mittel wären verpufft. Die Schere würde sich wieder weiter öffnen, anstatt sich endlich zu schließen.

Die pessimistischsten Annahmen unserer Experten für den Mittelfristigen Finanzrahmen sahen im Jahr 2010 wie folgt aus:

- Aus den Strukturfonds würden nur noch ca. 600 Millionen Euro nach Sachsen fließen. Also nur noch 20 Prozent der bisherigen Mittel.
- Alle sächsischen Regionen könnten nur noch mit einem Kofinanzierungssatz von 50% rechnen.

Deshalb haben wir, die Sächsische Staatsregierung, mit aller Kraft in den letzten Jahren unsere sächsischen Interessen in Europa erläutert, vorgetragen und vertreten. So gab es mitten in der Wirtschaftskrise leise Signale aus Brüssel, doch eine Anschlussförderung zu erhalten. Wir haben diese Signale gehört. Und wir haben unsere Anstrengungen verstärkt. Denn wir wollen die Erfolge, die die Sachsen dank der EU-Förderung erreicht haben, verstetigen.

Die Sachsen haben mit der Unterstützung aus Brüssel gewaltig viel erreicht. Ich möchte hier nur einige wenige Beispiele nennen:

Allein über die Strukturfonds der Europäischen Union sind von 1991 bis 2013 mehr als 14 Milliarden Euro nach Sachsen geflossen. Für die aktuelle Förderperiode heißt das: Mehr als 40.000 Fördervorhaben werden aus EFRE-Mitteln unterstützt. Bei rund 7,2 Milliarden Euro Investitionsvolumen fließen EU-Zuschüsse von knapp 2,8 Milliarden Euro. Hinter diesen Vorhaben stehen viele pfiffige Ideen, die Sachsen voran bringen. Aus meiner Sicht erfreulich: Auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben daran großen Anteil – es sind über 12.000.

Im Bereich ESF wurden seit 2007 mehr als 35.000 Projekte mit etwa 300.000 Teilnehmern gefördert. Das Ergebnis sind 5.000 neu geschaffene oder gesicherte Arbeitsplätze. Hinzu kommen etwa 30.000 geförderte Weiterbildungen, die erfolgreich abgeschlossen wurden.

Wichtig ist mir: Diese Gelder fließen eben nicht nur in die Zentren und Ballungsräume in Sachsen. Genauso fördern wir mit den Mitteln auch Strukturen und Betriebe im ländlichen Raum.

Darüber hinaus stehen in der laufenden Förderperiode auch 991 Millionen Euro aus dem „Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum“ dem sogenannten ELER zur Verfügung. Sie fließen in Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft und zur Entwicklung des ländlichen Raums.

Und genau das ist erklärtes Ziel der Europäischen Union: für die Menschen eine gute Heimat zu schaffen, in der Stadt und auf dem Land.

Ein weiterer Schwerpunkt: die Investitionen in Bildung und Forschung. Der Freistaat Sachsen hat hier von Anfang an den richtigen Weg eingeschlagen. Und das wird in Brüssel auch wahrgenommen. Am Rande eines Gesprächs mit EU-Regionalkommissar Hahn bemerkte dieser: „Es kann nicht mehr nur um die Förderung von Beton gehen.“ Dabei lobte er die sächsischen Ansätze bei Investitionen in die „Hülle“ und das Wissen. Sprich: Wir investieren nicht nur in Gebäude für die Wissenschaft. Wir fördern die Wissenschaftler bei der Grundlagenforschung genauso wie bei Kooperationen mit der Wirtschaft. So gelingt es dort, das Wissen zu erfolgreichen Technologien und Produkten zu veredeln. So entsteht Innovation. „Sachsen ist dabei beispielgebend für andere Regionen in der EU“ – sagt EU-Kommissar Hahn

Am vergangenen Freitag war ich auf der CeBit zu Besuch. Hier konnte ich mich davon überzeugen, was junge sächsische Forscher an pfiffigen Lösungen für die Zukunft erarbeiten – und zwar mit Hilfe von ESF-Mitteln, die in unsere Nachwuchsforscherprogramme fließen. Was mich noch mehr freut: Unsere jungen Wissenschaftler wollen mit diesen Ideen den Sprung ins Unternehmertum wagen – so sieht Zukunft in Sachsen aus!

Es ist ein Ergebnis unseres leistungsfähigen Bildungssystems in Sachsen – das wir auch dank der EU-Mittel weiterentwickelt haben. So ist die Qualifikation der Arbeitnehmer im bundesweiten Vergleich im Freistaat am höchsten. Und wir liegen damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt.

Alles in allem, meine Damen und Herren, ist unser Freistaat Sachsen heute wieder ein Industrieland mit einer breiten, gut aufgestellten Branchenstruktur – nicht zuletzt dank der EU-Förderung.

Aber, meine Damen und Herren, bei allem Positiven: Leider gibt es bei uns in einigen Regionen immer noch doppelt so viele Arbeitslose wie im Bundesdurchschnitt. Zwar steigt die Produktivität je Arbeitsplatz, genauso wie die Bruttomonatsverdienste, aber sie liegen immer noch unter dem deutschlandweiten Durchschnitt. Das ist nach wie vor nicht befriedigend. Genauso hemmen uns die Infrastrukturlücken, gerade zu unseren Nachbarn Polen und Tschechien. Es gibt also noch genug zu tun.

Das war und ist die Ausgangslage für die Verhandlungen zum Mittelfristigen Finanzrahmen der EU ab 2014. Die Statistik zeigt deutlich: Keines unserer Landesteile zählt mehr zu den ärmsten Regionen in der EU. Die Region Leipzig zählt mit seinem BIP sogar zu den entwickelten Gebieten. Da kann man eine Höchstförderung fordern – erwarten kann man sie nicht. Gerade angesichts der enormen Probleme die sich in vielen ehemaligen und gegenwärtigen Förderregionen der EU auf tun.

Allen Unkenrufen zum Trotz ist es gelungen, im neuen EU-Finanzrahmen eine Reihe sehr vorteilhafter Vereinbarungen für Sachsen zu verankern:

Erstens: Die Regionen Chemnitz und Dresden fallen zwar aus der Höchstförderung. Dafür steht aber ein Sicherheitsnetz in Höhe von 60% der bisherigen Leistungen bereit.

Zweitens: Darüber hinaus gibt es weitere 510 Millionen Euro für die ehemaligen Konvergenzregionen.

Chemnitz und Dresden werden hiervon ebenfalls einen Anteil erhalten. Das bedeutet: Beide Regionen erhalten am Ende doch wieder rund zwei Drittel der bisherigen Fördermittel.

Drittens: Die Region Leipzig erhält über die normale Förderung für entwickelte Gebiete hinaus 200 Millionen Euro extra – ein wichtiger Erfolg für den inneren Zusammenhalt unseres Freistaates Sachsen.

Viertens: Der Mittelumfang für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird spürbar erhöht. Davon können unsere Grenzregionen profitieren.

Fünftens: Für alle gilt – und das ist ein gewaltiger Erfolg: Die in der gegenwärtigen Förderperiode im ELER erstmals nicht erstattungsfähige Mehrwertsteuer wird wieder förderfähig – und das entgegen den Vorschlägen der EU-Kommission. Was das bedeutet, wissen unsere Kommunen am besten: Hier müssen in Zukunft weniger Eigenmittel aufgebracht werden. Oder im Umkehrschluss: Den Kommunen stehen mehr Mittel für andere, eigene Projekte zur Verfügung. Ich denke, das ist eine gute Nachricht für unsere Kommunen in Sachsen.

Weiterhin liegen die Höchstbeträge für die Kofinanzierung bei den Strukturfonds für ganz Sachsen einheitlich bei 80%. Nur zur Erinnerung: Es hätten auch nur 50% Prozent sein können.

Natürlich bleibt der Wermutstropfen: Sachsen erhält in Zukunft weniger EU-Mittel als vorher. Dennoch: Die pessimistischen Annahmen von 2010 lagen bei 600 Millionen Euro. Nun kann der Freistaat im optimalen Fall mit über 2,6 Milliarden Euro aus den EU-Strukturfonds in den Jahren 2014 bis 2020 rechnen. Und das, obwohl der Finanzrahmen erstmals in der Geschichte der EU kleiner wird. Allein in der Kohäsionspolitik gibt es über 8% weniger.

Die Gipfelergebnisse sind für uns ein Erfolg:

- Denn Leipzig bekommt Sonderzuweisungen.
- Denn es gibt ein Sicherheitsnetz für Dresden und Chemnitz und zusätzlich noch eine Sonderzuweisung für die aus der Höchstförderung ausscheidenden ostdeutschen Regionen.

Dieses gute Ergebnis ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist Ergebnis einer gut durchdachten und lang angelegten Strategie. Diese haben wir mit einer Vielzahl von Partnern auf den unterschiedlichsten Ebenen umgesetzt.

Wir alle wissen, weder wir – der Freistaat Sachsen – noch ein anderes Bundesland sitzt in Brüssel in den Verhandlungsrunden. Geschweige denn in der sogenannten „Nacht der langen Messer“, wo verhandelt wird, bis es ein Ergebnis gibt.

Nun hat sich die Ministerpräsidentenkonferenz erstmalig und frühzeitig über eine gemeinsame inhaltliche Position verständigt. Die Bundesregierung hat diese Position für die Verhandlungen in Brüssel übernommen. Das führte zu einer deutlichen Stärkung des Bundes am Verhandlungstisch.

Ich bin dankbar, dass mit Constanze Krehl und Hermann Winkler zwei sächsische Europaabgeordnete maßgeblich zu den Beschlüssen des Regionalausschusses im Juli 2012 beigetragen haben. Ab da waren im Europäischen Parlament die Weichen gestellt. Vorausgegangen waren eine Vielzahl von Gesprächen in Brüssel. Bereits im Vorfeld wurden zahlreiche Informationen ausgetauscht und gesammelt. Nach dem Sommer 2012 folgten noch mehr Gespräche. Parteiübergreifend haben sich Abgeordnete dieses Hohen Hauses sowie die Sächsischen Staatsminister in ihren Fachbereichen für Sachsen eingebracht.

Staatsminister Dr. Martens war allein im zweiten Halbjahr 2012 sieben Mal dazu in Brüssel. Er ist sogar der zyprischen Ratspräsidentschaft auf ihre Insel hinterher geflogen. Selbst dort hat er für die sächsischen, für unsere Anliegen geworben.

Gleich drei ostdeutsche Regierungschefs haben gemeinsam ihre Überzeugungskraft in die Waagschale geworfen: Mit meiner Kollegin Lieberknecht sowie dem Kollegen Platzeck habe ich die eigenen Kontakte aus meiner Zeit im Europäischen Parlament genutzt. So konnten wir in Gesprächen mit dem Ratspräsidenten van Rompuy und dem Kommissionspräsidenten Barroso für unsere Positionen werben. Und es ist mir ein besonderes Anliegen, EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski zu danken: Er war es, der maßgeblich unsere Position unterstützt hat.

Das ist für mich ein ganz starkes Zeichen: Europa funktioniert und wächst zusammen.

Aber alle unsere Bemühungen wären Makulatur gewesen, wenn nicht unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel in den Verhandlungen so überzeugend gewirkt hätte. Sie hat die Interessen Deutschlands, der „Neuen Bundesländer“ und insbesondere Sachsens – siehe Leipzig – sehr energisch und am Ende erfolgreich vertreten. Unsere Bundeskanzlerin hat einen Spagat geschafft: Neben ihrem konsequenten Einsatz für ein Maßhalten beim EU-Finanzrahmen hat sich Angela Merkel dennoch für Leipzig und Sachsen stark gemacht.

Gemeinsam haben alle diese Bemühungen zu den jetzt erzielten Ergebnissen geführt. Die Brüsseler Rats-Beschlüsse sind gut und erfreulich für unseren Freistaat Sachsen. Aber sie sind nur ein erster Schritt. Anders ausgedrückt: „Das Heu ist auf dem Wagen, aber noch nicht in der Scheune!“ Denn das Europäische Parlament muss das Gipfelergebnis gut heißen. Ich weiß aus eigener Erfahrung als Abgeordneter: Wenn es um Beschlüsse solcher Tragweite geht, geht es auch immer um Grundsätzliches. Dazu kommt – wie immer bei Kompromissen: Nicht alle sind 100-prozentig zufrieden, nicht jeder kann Vorteile in der gefundenen Lösung erkennen. So streitet das Europäische Parlament wohl geschlossen um mehr Zuständigkeiten beim Verfahren um die Mehrjährige Finanzplanung mit dem Rat. Grundsätzlich geht es dem Parlament um die Berücksichtigung seiner Anliegen. Just heute wird das Europäische Parlament voraussichtlich einen Beschluss fassen, in dem es seine Zustimmung von substantiellen Verhandlungen und erheblichen inhaltlichen Korrekturen abhängig macht. Das wird Zeit kosten, die wir nicht haben. Aus unserer Mitte, aus dieser Debatte sollte deshalb das deutliche Signal ausgehen: Wir wollen, wir brauchen Planungssicherheit, wir wollen einen reibungslosen Übergang zur nächsten Förderperiode.

In Brüssel geht das Ringen um Details sofort weiter. Die Gipfelergebnisse müssen in Rechtstexte gegossen werden. Diesen müssen das Europäische Parlament und der Ministerrat noch zustimmen. Danach müssen die Verordnungen zur Strukturfondsförderung und zur Gemeinsamen Agrarpolitik beschlossen werden. Parallel müssen wir Verhandlungen über die Mittelverteilung innerhalb Deutschlands und Ostdeutschlands mit dem Bund und den Ländern führen. Und diese werden für uns nicht einfach.

Es wird nunmehr darauf ankommen, die Interessen des Freistaats bei der innerdeutschen Mittelvergabe erfolgreich zu vertreten.

Wir – die Sächsische Staatsregierung – müssen und werden uns weiter einbringen, denn es gilt:

1. eine Überregulierung zu vermeiden und
2. uns Gestaltungsfreiheit für unsere Förderprioritäten zu erhalten.

Die Sächsische Staatsregierung wird sich in die Ausgestaltung der sogenannten Partnerschaftsvereinbarung zwischen der Kommission und dem Bund einbringen. Denn dort werden die Förderschwerpunkte für ganz Deutschland festgelegt. Nur so können wir tatsächlich das fördern, was wir fördern wollen.

Um die neue Förderperiode zum Laufen zu bringen, bedarf es „Operationeller Programme“ und Förderrichtlinien. Diese können wir jedoch erst fertig stellen, wenn der erforderliche Rechtsrahmen steht. Aber: wir wollen nicht auf Brüssel warten. Wir fangen an. Die Vorarbeiten laufen. Und wir machen das nicht im Alleingang. Wir werden die Gespräche mit allen Partnern, aus der Wirtschaft, dem Sozialwesen und der kommunalen Ebene suchen. Denn je früher wir unsere „Operationellen Programme“ in Brüssel einreichen, desto eher können wir mit der Förderung beginnen.

Es ist zu hoffen, dass wir die verbindlichen Finanzbeträge für die einzelnen Förderbereiche im Sommer kennen. Daher ist jetzt noch nicht der Zeitpunkt, schon über konkrete Zahlen bis zur dritten Nachkommastelle zu reden. Erst müssen sich Rat, Kommission und Europäisches Parlament einigen. Dann ist die Mittelaufteilung zwischen Bund und Ländern beziehungsweise den Förderregionen notwendig – dann erst können wir verbindlich planen.

Die Gipfelbeschlüsse eröffnen uns über die EU-Strukturfonds hinaus, weitere Chancen für Sachsen.

Einige Beispiele:

- Es steht ein Drittel mehr an Mitteln für die Forschung zur Verfügung. Kein anderer Bereich der Ausgaben hat auch nur annähernd einen vergleichbaren Aufwuchs erfahren. Davon kann der Freistaat als eines der Spitzenländer in der Forschung profitieren.
- Es gibt keine obligatorische Kappung der Direktzahlungen für große Landwirtschaftsbetriebe. Das ist ein gutes Ergebnis für die sächsische Landwirtschaft.
- Im Bereich Verkehr/Energie/Telekommunikationsinfrastruktur werden unter dem Schlagwort „Connecting Europe“ rund 30 Milliarden Euro bereitgestellt. Davon entfallen 23 Milliarden auf den Bereich Verkehr. Wir wollen dabei insbesondere beim Ausbau der Bahnstrecke Prag – Dresden – Berlin profitieren. Auf dieses Projekt haben wir gemeinsam mit Tschechien hingearbeitet.

Überhaupt wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn Polen und Tschechien weiter profitieren. Die Aufstockung der Mittel kann auch uns zugute kommen. Somit können wir an eine Reihe von guten Projekten der letzten Zeit anknüpfen. Denken Sie nur an die Fußgängerbrücke über die Neiße in Görlitz. Wir haben zehn Jahre darum gerungen. Nun schafft diese Brücke wie selbstverständlich Verbindungen zwischen Polen und Deutschen – von Mensch zu Mensch. Das ist der Kern dessen, was Europa, die Europäische Union ausmacht. Wie viel mehr ist das wert als eine Autobahnbrücke?

Und solche Beispiele gibt es viele:

- der Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau als grenzübergreifendes UNESCO-Weltkulturerbe,
 - das Festival „Mitte Europa“ im Drei-Länder-Eck Sachsen – Bayern – Tschechien,
 - und die sächsischen Hilfen zur Ausstattung der tschechischen Polizei im Kampf gegen die Kriminalität,
- um nur ein paar zu nennen.

Nicht zuletzt helfen solche Projekt, das soziale Gefälle zwischen den Regionen abzubauen. Aus sächsischer Sicht bedeutet dies: Wohlstand hinter der Grenze bringt Sicherheit vor der Grenze.

Der Mittelfristige Finanzrahmen der EU ab 2014 ist ein faires Ergebnis für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Und einmal mehr zeigt sich die Stärke des geeinten Europa, die Stärke der Europäischen Union: Meinungsunterschiede sind kein Hindernis für einen Dialog, der zu einem guten Ergebnis führt. Und deshalb darf über den Verhandlungen zum Finanzrahmen – sowie überhaupt in den Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate – eines nicht vergessen werden: Bei Europa geht es nicht nur um Geld. Europa bedeutet mehr als manchmal endlos erscheinende Verhandlungsrunden. Europa – das ist eine Region des Friedens, der Demokratie und vor allem der Freiheit. Und Europa, die Europäische Union steht genauso für Solidarität. Diese Solidarität erleben wir Sachsen seit mehr als zwei Jahrzehnten. Und wir sind dankbar dafür, dass wir sie auch in Zukunft erfahren.

Werfen wir einen Blick in diese Zukunft. Um das Jahr 2020 stehen uns große finanzpolitische und haushaltspolitische Schritte bevor: 2020 wird der Solidarpakt II ausgelaufen sein. Bis 2020 muss es einen Ersatz für den Länderfinanzausgleich geben. Die Schuldenbremse greift auch in allen Bundesländern. Gleichzeitig dürften in allen EU-Staaten Schuldenbremsen installiert sein und wirksam werden. Und 2020 wird wiederum der Startpunkt für einen neuen EU-Finanzrahmen sein.

Jeder Punkt für sich ist bereits eine große Herausforderung, eine Zäsur. Alle zusammengenommen haben sie entscheidenden Einfluss auf die Zukunft unseres Freistaates. Aber wir Sachsen sind erprobt im Umgang mit solchen Umbrüchen. Das zeigt unsere Leistung der letzten zwei Jahrzehnte deutlich.

2020 wird es genau eine Generation – also 30 Jahre – her sein, dass wir in Sachsen größte Herausforderungen mit Mut und Zuversicht angepackt und gemeistert haben. Es gilt, diese Erfahrung weiter zu leben und weiterzugeben. Denn auch künftig lautet unser Ziel: Sachsen ist eine gute Heimat. Das bleibt eine Generationenaufgabe.

Und der Mittelfristige Finanzrahmen der EU bis 2020 ist uns dabei eine große Unterstützung.